

## Dokumente aus dem Universitätsarchiv - Dokumente aus dem Universitätsarchiv - Dokumente aus dem Univ

# DAS

# 1945

## 2. Folge

# JAHR

Am 2. Juli 1945 ziehen die sowjetischen Truppen in Leipzig ein – „die Russen kommen“. Zwölf Jahre lang hatte der Faschismus durch seine Lügenmaschinen den Menschen Antikommunismus und Antisowjetismus ins Bewußtsein genommen und versucht, ihnen Angst vor den „Untermenschen“ einzufüllen. Und die amerikanische Besatzungsmacht hatte keine Gelegenheit verpasst, um im gleichen Sinne zu wirken. Im Gegensatz zu den Amerikanern haben die sowjetischen Soldaten die Hitlerarmee aus ihrer Heimat vertreiben müssen, wissen, welche Wunden dieser verbrecherische Krieg ihrem Lande geschlagen hat. Kaum einer ist unter ihnen, dem die Faschisten nicht Angehörige verschleppt oder umgebracht haben. Verständlich wäre es, wenn Haß auf die Deutschen jetzt zum Motiv des Handelns würde.

Doch sie kommen nicht als Feinde des deutschen Volkes, sondern als unerlässliche Gegner des Faschismus. Kommunisten und bewährte Antifaschisten Leipzig begrüßen die Rote Armee in einem Aufruf. Bereits in den ersten Tagen der sowjetischen Besetzung wird der grundlegende Unterschied zwischen imperialistischer amerikanischer und sozialistischer sowjetischer Besatzungspolitik deutlich. Getreu dem programmatischen Satz Stalins, daß die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber bestehen bleibt, verbünden sich die Vertreter der ersten Arbeiter- und Bauern-Macht mit der Arbeiterklasse Deutschlands. Die Politik der SMAD entspricht, für uns besonders greifbar im Bereich des Hochschulwesens, den bereits im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 formulierten Maximen. Der proletarische Internationalismus ist Grundsatz und Richtschnur der sowjetischen Besatzungspolitik.

Dabei wird in Anwendung der Lehren des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion von vornherein im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften gearbeitet. Das wird auch in dem Geschehen an unserer Universität sichtbar, bereits in der ersten Zusammenkunft mit den Professoren Schweizer und Fritschi als Vertretern der Universität Leipzig und der Sachsischen Akademie der Wissenschaften weist der Militärmarschall von Leipzig, Generalmajor Trufanow, auf die demokratische Umgestaltung als Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes hin und über gibt als Ausdruck des Bestrebens nach Einbeziehung der Hochschulintelligenz in den Neuaufbau einen Forschungsauftrag zur Lö-

sung wichtiger volkswirtschaftlicher Probleme. Mit Befehl Nr. 30 vom 4. September 1945 wird als eine Voraussetzung zur Wiederaufnahme der Lehr- und Forschungsaktivität an den Hochschulen mit der systematischen Kontrolle ihres Arbeit durch die SMAD begonnen. Für die Neueroöffnung der verschiedenen Universitäten erscheinen nach eingehender Überprüfung der speziellen Lage einzelne ganz konkrete Befehle. Als Termin für die Wiederaufnahme des Lehrbetriebes in Leipzig ist der 31. Oktober 1945 vorgesehen. Deshalb befaßt sich Befehl Nr. 30 vom 14. 9. 1945 des Militärmarschallenden von Leipzig intensiv mit der Situation an unserer Universität.

**Übermitteln Sie uns bis zum 23. 9. 1945 einen Plan Ihrer Maßnahmen zur Vorbereitung der Tätigkeit der höheren Lehranstalten; berücksichtigen Sie dabei die Beseitigung nationalsozialistischer und militaristischer Lehrer aus dem Lehrbetrieb und der Erziehung der Studenten und ferner die Sicherstellung (der Vorbereitung) von solchen Kräften, die befähigt sind, in der Praxis demokratische Grundsätze durchzuführen.**

Militärmarschall  
(gez.) Trufanow Generalleutnant<sup>1</sup>

Jetzt werden die Ergebnisse der in Übereinstimmung mit der amerikanischen Militärgouvernierung vorgenommenen „Selbstreinigung“ offensichtlich. Belastete Nazis finden sich noch im Amt. Nicht die Demokratisierung der Universität war Gegenstand von Deckansprechungen, sondern die Möglichkeit der Entlastung und Unterstützung bereits entlassener und verhafteter Lehrkräfte. Eine Studentenversammlung vom 23. Oktober endet in einem von reaktionären Kräften inszenierten Turm. Das zeigt, daß auch unter den Studenten mit den faschistischen Elementen noch nicht gründlich aufgeriegelt wurde. Die Voraussetzungen für eine Eröffnung sind also weder beim Lehrkörper noch bei den Studenten gegeben. Wie genau die sowjetische Militärmarschall auch die materiellen Bedingungen überprüft, zeigt eine Anfrage an den Stadtrat für Volksbildung, den Kommunisten Helmut Holtzhauer. Der Bericht der Universität ist voller Optimismus: Wir können eröffnen!

Noch haben die bürgerlich-konservativen Kreise, die sich unter der

## Die ersten Maßnahmen sowjetischer Hochschulpolitik in Leipzig

8. Mai 1975 – 30. Jahrestag der Befreiung unseres Volkes vom Faschismus. Jedem sind in den letzten Wochen durch Beiträge in Presse, Funk und Fernsehen die damit zusammenhängenden Ereignisse noch einmal deutlich geworden. Ältere haben sich erinnert, jüngere durch die Erzählung der Älteren einen Eindruck gewonnen von der Bedeutung und Größe des historischen Sieges über den deutschen Faschismus für unser Land.

Hier in der UZ haben Beiträge von Schwendler und Feige zu den Ereignissen der Jahre 1945 und 1946 grundsätzlich Stellung genommen.

Unser Anliegen ist es, an Hand einiger Unterlagen, die sich im Archiv der Karl-Marx-Universität befinden, die Problematik dieses Zeitraumes anschaulich zu verdeutlichen, Originaldokumente für sich wirken und die Zeit-

genossen mit ihren eigenen Worten sprechen zu lassen. Die Archivalien dieser Zeit stellen eine besondere Kostbarkeit dar, denn der Material- und Arbeitskräftemangel zwang dazu, jede Schriftlichkeit auf ein Mindestmaß einzuschränken, und die sich überstürzenden Ereignisse verlangten rasche Entscheidungen, so daß in jenen ersten Monaten oft eher zum Telefonhörer als zum Papier und zur Schreibmaschine gegriffen wurde.

Um so größer ist der Wert der Schriftstücke, die an uns überliefert wurden, oft sind es wenige ausschließliche Zeilen, die ein ganzes politisches Programm andeuten. Die hier veröffentlichten Dokumente sind chronologisch geordnet.

Regina Gröteke, Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Universitätsarchiv

stimmten Vorstellungen aus der Weimarer Zeit. Noch glaubten sie, die Universität sei nach wie vor ein Staat im Staate. Ihre Aufgabe seien sie darin, alle äußeren Einflüsse abzuwehren, gleichgültig, ob solche von Militärmarschall, Landesregierung oder Stadt kommen. In besonderer Schärfe kommt das in der Sitzung des akademischen Senats vom 25. Oktober 1945 zum Ausdruck:

Rector Hund eröffnet die Sitzung ... gibt hierauf das vom Rektor in Aussicht genommene Programm für die den 31. Oktober in der Universitätskirche angesetzte Eröffnungsfeier bekannt. Im Anschluß daran verliest er den Abschnitt eines dieser Feier behandelnden, an den Rektor gerichteten Schreibens des Oberbürgermeisters, Dr. Zeigner, in welchem dieser dringend bitte von seinem wissenschaftlichen Vortrag abzusehen und an dessen Stelle einen rein politischen Vortrag treten zu lassen. Magnificenz lege Wert darauf, die Meinung des Senats hierüber zu hören.

Prof. Dr. Litt fragt zunächst, auf Grund welcher Errichtung der Oberbürgermeister eine solche Sprache führen dürfe und spricht sich dann mit großer Entschiedenheit gegen die Be rücksichtigung eines solchen Wunsches aus.<sup>2</sup>

Auf Anordnung der sowjetischen Behörden wird nach eindeutiger Feststellung der unzureichenden Vorbereitung, besonders auf ideologischem Gebiet, die Eröffnung auf einen späteren Termin verschoben. Die Entnazifizierung wird von den ebenfalls auf Anregung der sowjetischen Behörden begründeten „partizipativen Überwachungsausschüssen“ durchgeführt, die sich u. a. aus Vertretern der Parteien, des Lehrkörpers und der Stadt zusammensetzen. Erstmals haben damit Arbeiter und Angestellte die Möglichkeit, auf die Entwicklung der Universität einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Da die deutsche Arbeiterklasse hochschulpolitisch noch nicht über eigene Erfahrung verfügt, ist es besonders wichtig, daß von der SMAD zur Arbeit mit den Universitäten und Hochschulen Fachleute eingesetzt werden. So war es beispielweise Generaldirektor Prof. Dr. Solotouchin, der früherer Stellvertreter des Ministers für Volksbildung der RSFSR

und Rektor der Leningrader Universität. Rektor Schweizer, der sich am hartnäckigsten der Umgangsform wider setzt, hat, legt sein Amt nieder.

Als am 5. 2. 1946 die Universität Leipzig auf der Grundlage von Befehl Nr. 13 der SMAD ihre feierliche Neueroöffnung begeht, haben die demokratischen Kräfte im Bund mit den Vertretern der sowjetischen Militärbehörden, bereits ihre erste Schlacht gewonnen.

vativen Kreise ist eine wesentliche Voraussetzung für den demokratischen Neubeginn geschaffen. Dafür, daß keine aktiven Nazis die Möglichkeit zum Studium erhalten, sorgt eine im Zusammenhang mit Befehl Nr. 30 erlassene Verordnung über die Zulassung zum Studium an den Universitäten und Hochschulen. Weitere Aufgaben vor der Universität nun stehen, welche Verpflichtungen sie mit der Herabstufung einer neuen Intelligenz übernimmt, formuliert Solotouchin in seiner



Foto: Stadtarchiv

Rede bei der Eröffnungsfeier (Foto), in der er gleichzeitig den Inhalt der Hochschulpolitik der SMAD umreißt.

Um einen hochqualifizierten deutschen Stamm von Personen auszubilden, der in der Praxis die demokratischen Prinzipien durchführen kann, befiehlt:

Den Gesuch des Präsidenten der Landesverwaltung Sachsen ist stattzugeben und am 5. 2. 1946 sind die Vorlesungen in der Universität Leipzig in folgenden Fakultäten wieder aufzunehmen:

der philosophischen, medizinischen, tierärztlichen, juristischen, theologischen und finanzwirtschaftlichen; zur Leitung der Universität der Fakultäten, Institute und Kätheke, sowie zur Abteilung von Verfassungen und zur Leitung der Seminare sind Personen, die früher Mitglieder der NSDAP waren, nicht zuzulassen;

Da die deutsche Arbeiterklasse hochschulpolitisch noch nicht über eigene Erfahrung verfügt, ist es besonders wichtig, daß von der SMAD zur Arbeit mit den Universitäten und Hochschulen Fachleute eingesetzt werden. So war es beispielweise Generaldirektor Prof. Dr. Solotouchin, der früherer Stellvertreter des Ministers für Volksbildung der RSFSR

... Wir hoffen, daß die Universität Leipzig eine neue demokratische Universität sein wird. Sie wird eine Glanz stätte der in die Zukunft weisenden Wissenschaft und Kultur sein, und als ihr einziges Ziel die Ausbildung hoch qualifizierter jugendlicher Kräfte kennzeichnen, die fügig sein sollen, den Dienst im neuen demokratischen Staat zu verrichten, einen unbarmherzigen Kampf gegen alle reaktionären Theorien und Praxis zu führen, die der Bildung eines neuen demokratischen Staates hinderlich im Wege stehen.<sup>3</sup>

Der verbrecherische Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk war ein Teil des weltweiten kontinuierlichen Versuchs des Imperialismus, den Vormarsch der Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiung aufzuhalten und durch eine verstärkte aggressive Politik aus der historischen Defensive herauszukommen. Der USA-Imperialismus hat in Vietnam eine ganze Serie von Doktrinen („Spezialkrieg“ bis „Vietnamreinigung“) ausgearbeitet und angewandt, die nacheinander alle scheiterten. Die tiefere Ursache des Scheiterns war bereits im Vietnam-Aufruf der Moskauer Beratung von 1960 formuliert worden. Dort heißt es: „Ein Volk, das konsequent den Kampf gegen den Imperialismus, um Freiheit und Unabhängigkeit führt und die Sowjetunion, alle sozialistischen Länder sowie die Friedenskräfte in der ganzen Welt an seiner Seite hat, ist unbesiegbar.“ (S. 52) Das ist eine Feststellung von großer Tragweite, die vor allem für die weitere Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung von prinzipieller Bedeutung ist. Der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA-Imperialismus war eine historische Konfrontation zwischen den Kräften der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des Sozialismus einerseits und dem Imperialismus andererseits – mit dem USA-Imperialismus als dessen Hauptmacht –

**W**eine Rolle spielt der USA-Imperialismus in Indochina und worin he standen seine wichtigsten Zielstellungen? Die Beantwortung dieser Frage muß mit dem Charakter dieser Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, sowie dem stürmischen Werden der nationalen Befreiungsbewegung verbunden werden. Während Frankreich bis Mitte der 50er-Jahre mit barbarischen Mitteln die Erhaltung seiner kolonialen Ausbeuterterritorien kämpfte, waren die Aktionen der USA von Anfang an globalstrategisch determiniert. Zu einem Zeitpunkt, als die allgemeine Krise des imperialistischen Systems in ihre zweite Entwicklungsgesetzmäßigkeit getreten war, versuchten die USA, ideologisch ausgerüstet mit der Truman-Doktrin von 1947, als Weltpolizist mit einer globalen unterrevolutionären Zielstellung die weitere Schwächung des imperialistischen Systems aufzuhalten und möglichst viele strategische Positionen als Ausgangsstellung ihrer „Rollback“-Politik gegen die sozialistischen Staaten zu gewinnen. Ihre Absicht bestand deshalb nicht darin, Kolonien im herkömmlichen Sinn zu erobern, sondern neokolonialistisch Einflussnahme zu erlangen und gegen die Ausdehnung der antikolonialistischen nationalen

Befreiungsrevolution eine antikolonialistische machtpolitische Position in Asien aufzubauen. Im Vietnam-Aufruf der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 heißt es: „Der heldenhafte Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA-Imperialismus ist einer der wichtigsten Bestandteile der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion. Mit ihrer bewaffneten Intervention in Vietnam haben die imperialistischen Kräfte der USA den Versuch unternommen, einen der sozialistischen Vorposten in

Asien zu zerstören, der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika einen Schlag zu versetzen; den Völkern Indochinas den Weg zu Freiheit, Freiheit und Fortschritt, die Festigkeit der Solidarität der sozialistischen Länder und aller antikolonialistischen Kräfte auf die Probe zu stellen.“ (S. 51) Die Grundzieldstellung der USA im Vietnamkrieg war neokolonialistisch antikolonialistisch, unterrevolutionär und antinationalistisch. Neokolonialistisch, weil der USA-Imperialismus die indochinesische Halbinsel als Basis für die Beherrschung des Raumes vom Mittleren Osten bis Japan be nutzen und eine gewaltige Sphäre der Ausbeutung durch Kapitalanlagen, Leihkapital und nicht äquivalente Handel schaffen wollte. Antikolonialistisch, weil die USA beanspruchten, in den von ihnen abhängigen Ländern Südostasiens eine Angriffsposition gegen das sozialistische Weltreich aufzubauen. Unterrevolutionär und antinationalistisch, weil der USA-Imperialismus verhindern wollte, daß Asien in gewaltigen nationaldemokratischen Umwälzungen eine Sphäre anti imperialistischer Politik wird, in der die einzelnen Länder einen nicht kapitalistischen, zum Sozialismus führenden Weg einschlagen.

**UZ** antwortet auf leserfragen

## Versuch, sozialistischen Vorposten in Asien zu zerschlagen, scheiterte

Zur Rolle des USA-Imperialismus in Indochina und seine Ziele

SLUB  
Wir führen Wissen.